

Kamener Zeitung

Volkstreu für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Er erscheint täglich.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Falls
nicht in der Vorauszahlung oder im Voraus der Zeitung
bestellt wird, hat der Besteller seinen Anspruch auf
Lieferung der Zeitung des Monats oder auf Aus-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion der
Zeitung ist nicht verantwortlich: H. Schubert, Kamen.

Nr. 4 (1. Blatt)

Dienstag, den 6. Januar 1925

53. Jahrgang.

Reichstag.

(Sitzung vom 5. Januar.)

Der neugewählte Reichstag trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen, welcher der sog. Abg. B. als ältestes Mitglied präsiidierte. Nach Beratung der provisorischen Schriftführer und Aufhebung der Kamen, welche die Anwesenheit von 434 Abgeordneten ergab, be- räumt Alterspräsident B. die nächste Sitzung auf Mittwoch an mit der Tages- ordnung: Wahl des Präsidiums.

Der Abg. Thälmann (Komm.) bean- tragt, die Amnestieanträge auf die Tagesord- nung zu setzen, weil die Besprechungen auf eine allgemeine Amnestie für das Ruhrgebiet noch immer nicht erfüllt seien. Während die sepa- ratistischen Gruppen und Verräter amnestiert seien, müßten die Arbeiter, die im Ruhrgebiet gegen den französischen Im- perialismus kämpften, noch immer in Gefäng- nissen schmachten. Der sozialdemokratische Reichspräsident habe im Magdeburger Prozeß seine konterrevolutionäre Haltung deutlich be- kundet. Selbst unter dem alten Regime wäre es nicht möglich gewesen, daß 7000 politische Gefangene in Deutschland schmachten. — Abg. Berg (Komm.) beantragt weiter für die nächste Sitzung die Beratung des kommunistischen An- trages auf Freilassung der in Untersuchung- haft befindlichen kommunistischen Abgeordneten.

Abg. Dr. Scholz (D. Wpt.): Wir hal- ten die Beratung erst für möglich, wenn eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden ist, die bis jetzt fehlt. (Wärm bei den Kommuni- stischen und Auser: Das sagen Sie! Ist der Anhang noch nicht fertig?) Wir beantragen, den Alterspräsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen, wenn eine Regierung zustande gekommen ist. — Abg. Müller- Frankfort (Soz.): Der Antrag auf Freilassung der gefangenen Reichstagsabgeordneten kann schon in der nächsten Sitzung beraten werden. Was die übrigen politischen Gefangenen be- trifft, so wollen wir selbst einen Amnestieantrag einbringen. Das ist aber eine Frage der Gesetzgebung, und sie kann erst nach dem Zu- standekommen einer Regierung entschieden wer- den. Mit der Wahl des Reichstagspräsidiums können wir nicht bis zur Regierungsbildung warten. — Abg. Fehrenbach (Ztr.): Ich lege Verantwortung gegen die Art und Weise, wie der kommunistische Redner die Person des Reichspräsidenten in die Debatte gezogen hat. (Rufe rechts: Ausgerechnet Fehrenbach als Ober-Verteidiger!) Wir stimmen dem Vor- schlag des Alterspräsidenten bei, daß am Mitt- woch die Präsidentenwahl stattfindet. — Abg. Erkelenz (Dem.) schließt sich für die Demo- kratischen Standpunkt des Zentrums an. So- dann wird gegen die Rechte beschloffen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Mitt- woch als ersten Punkt die Wahl des Reichs- tagspräsidiums, als zweiten Punkt den kommuni- stischen Antrag auf Freilassung der in Un- tersuchungshaft befindlichen Abgeordneten zu setzen.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 5. Januar.)

Der Abg. Ewald eröffnet als Alters- präsiident die Sitzung. Er begrüßt, von an- dauerndem Lärm der Kommunisten unterbrochen, die Mitglieder des neuen Landtages, be- sonders die neueregetretenen und gibt der Hoff- nung Ausdruck, daß es der gemeinsamen Ar- beit gelingen möge, zum Wohle des deutschen Volkes im Landtage zu arbeiten (Erregte Zu- rufe der Kommunisten: Es sitzen noch viele in den Gefängnissen! Heraus mit ihnen!) Der Alterspräsident fährt weiter aus: Nach der Ge- nehmigung der Londoner Abmachungen waren wir der Ansicht, daß in Zukunft der Geist der Versöhnung und der Verständigung von den alliierten Mächten Deutschland und Preußen gegenüber walten würde. Nach den vor- liegenden Nachrichten soll aber die Räu- mung der Kölner Zone nicht zu dem festgesetzten Termin begonnen wer- den (Rufe und große Unruhe im ganzen Hause). Deutschland ist vollständig entwaflnet. Wir sind gewillt, die Londoner Abmachungen nach besten Kräften zu erfüllen. Wir erheben heute als erste Forderung des Land- tages (erregte Unterbrechungen der Komm.: Amnestie! Amnestie! Heraus mit den poli- tischen Gefangenen!) Einspruch wegen der Nichterfüllung. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß die weitere Entwicklung zur Verständigung führt.

Zur Geschäftsordnung erhält der Abg. Winterich (Komm.) das Wort. Wir Kommuni- stischen können uns der eben geäußerten Protes- teklärung des Alterspräsidenten nicht an- schließen. (Große andauernde Unruhe auf allen übrigen Seiten des Hauses.) Als Ver- treter des besetzten Gebietes erklären wir uns gegen jeden patriotischen Protest. Die Lon-

Die Vertragsbrecher überreichen ihre Note.

Wolffs Büro meldet: Die Vorkämpfer En- glands, Frankreichs, Italiens und Japans und der belgische Gesandte ha- ben Montag mittags 12 1/2 Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Reichskanzler die Kollektivnote über die Frage der Räu- mung der nördlichen Rheinlands- zone übergeben. Der englische Vorkämpfer als Vorkämpfer wies, ohne die Note zu ver- lesen, auf ihre besondere Bedeutung sowie auf die Tatsache hin, daß sie von den alliierten Re- gierungen selbst ausginge. Zugleich hob er hervor, daß in der Note eine zweite Note angekündigt werde, die der deutschen Regierung zugehen werde, sobald der Bericht der internationalen Militärkontrollkommission erfaßt sei. Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen werde. Im übrigen beschränkte sich seine Antwort auf die Bemerkung, daß bei der deutschen Regierung über die Bedeutung der Note kein Zweifel bestehen könne und daß er sie dem Reichskabinet vorlegen werde. Der Empfang dauerte nur zehn Minuten.

Der Wortlaut der Note.

(W) Die Kollektivnote der alliierten Re- gierungen über die Frage der Räumung der nör- dlichen Rheinlandszone lautet in deutscher Ueber- setzung:

Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 besagt, daß, um die Aus- führung des genannten Vertrages durch Deutsch- land sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einseitig der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von 15 Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt bleiben. Gemäß den Bestimmungen des Ar- tikels 429 wird die in Artikel 428 vorgesehene Besetzung, wenn die Bedingungen des ge- nannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich erfüllt wer- den, nach und nach bei Ablauf der ersten fünf, dann der ersten zehn Jahre eingeschränkt werden. Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der deutschen Regierung ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, mitzuteilen, daß sie den Beweis dafür erhalten haben, daß Deutsch- land die in Artikel 429 vorgesehene Bedin- gungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllen können.

Um der Vergünstigung der Bestimmungen über die vorzeitige teilweise Räumung nicht teilhaftig werden zu können, sind, wenn man nur den Teil 5 des Vertrages in Betracht zieht, die von der internationalen Militärkontrollkom- mission trotz gewisser Widerstände, denen sie begegnet ist, gesammelten Nachrichten über den Stand der Ausführung der mili- tärlichen Bestimmungen hinreichend, um diese Entscheidung der alliierten Regierung zu begründen. Es sind z. B., um nur einige wesentliche Punkte unter den schon jetzt bekann- ten Tatsachen hervorzuheben, die folgenden Fest- stellungen gemacht worden:

Zu Verletzung des Artikels 160 ist der Große Generalstab der Armee in

doner Vereinbarungen wegen der Freilassung der politischen Gefangenen nicht einge- halten worden. Man hat nur die Separatisten freigelassen. Auf Grund des § 7 des Abkommens verlangen wir, daß alle politischen Inhaftierten unverzüglich amnestiert werden, die in den besetzten Gebieten wegen des Kampfes gegen den französischen Imperialismus in den Gefängnissen noch schmachten.

Alterspräsident Ewald: Die Amnestierung ist eine Frage für sich, die mit den ange- sprochene Protesten nichts zu tun hat. — Abg. Obuch (Komm.): Wir verlangen, daß noch heute unser Antrag über Amnestierung der politischen Gefangenen verhandelt wird. — Abg. Bied (Komm.) legt Protest gegen das brutale Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen kommunistischen Funktionäre und Abge- ordnete, die in Massen verhaftet worden sind, ein, während die Wormalis und andere Schieber- gefangen heute noch frei herumlaufen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die nächste Sitzung auf Mittwoch anzuberufen, wird ab- gelehnt und der Vorschlag des Alterspräsidenten, am Donnerstag die Wahl des Präsi- diums vorzunehmen, angenommen.

einer anderen Form wiederhergestellt worden;

in Verletzung des Artikels 174 sind Zeit- freiwillige auf kurze Zeit einge- stellt und ausgebildet worden;

entgegen den Artikeln 164 bis 169 sind bei der militärischen Ausrüstung fest- gestellte überzählige Bestände jeder Art vorhanden, und es sind bedeutende un- erlaubte Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden;

entgegen Artikel 162, sowie dem Beschluß der Konferenz von Vologne vom 19. Juli 1920 hat die Umorganisation der staatlichen Polizei noch nicht be- gonnen;

entgegen dem Artikel 211 hat die deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten gesetzge- berischen und Verwaltungsmaßnah- men getroffen.

Die alliierten Regierungen rechnen übrige- ns mit dem baldigen Eintreffen des Be- richts der internationalen Militär- kontrollkommission, der die ge- samten Ergebnisse der im Gang befind- lichen Generalinspektion enthält. Dieser Bericht wird es ihnen ermöglichen, zu bestimmen, was von Deutschland noch erwartet werden muß, damit seine Verpflichtungen auf militärischem Ge- biet gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet werden können. Eine weitere Mitteilung hierüber wird der deutschen Regierung später zugehen.

gez. C. della Faille d'Alvernon und Honda.

P. de Magerie und Hosdari.

Allgemein und wenig sachlich.

Zur Note der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der ersten Rheinlands- zone erklärt W. Z. B. an zuständiger Stelle, daß, sich die Note offenbar die Vor- worte zu eigen macht, die insbesondere in der französischen Presse seit einiger Zeit im Zusam- menhang mit der Generalinspektion und der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlands- zone erhoben worden sind. Diese in der Note zusammengefaßten Vorwürfe sind so all- gemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraus- setzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die deutsche Regierung hält es daher für angebracht, die Widerlegung dieser Vorwürfe solange zurückzustellen, bis ihr die angekündigte nähere Mitteilung ge- macht worden ist. Sie gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß dieses bald geschieht. Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Überzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Verlängerung der Besetzung der ersten Rheinlandszone rechtferti- gen kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

Zwei Absagen.

Der deutsche Landtagsabgeordnete Dr. v. Kries hat, wie gemeldet wird, einen Sitz in dem neu zu bil- denden Reichskabinet abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß er für den Posten des Land- tagspräsidenten in Aussicht genommen sei. Tatsäch- lich hat die Landtagsfraktion der deutschen nationa- len Volkspartei ihn für dies Amt bestimmt. Ob er es erhält, wird sich bei den kommenden Verhandlungen über die Neubildung der Regierung ergeben, da, wie wir schon mehrfach betont haben, diese Frage mit der anderen, der Besetzung des Landtagspräsidiums, auf das engste verknüpft ist. — Wie in politischen Krei- sen verlautet, hat, ebenso, wie Herr von Kries, auch Herr Neuhaus einen Eintritt in das Reichskabinet abgelehnt.

Wie die Blätter zur Regierungsbildung melden, werden nach der Ablehnung des deutsch- nationalen Landtagsabgeordneten von Kries und des Ministerialdirektors Neuhaus die Ver- handlungen hierüber weiterge- führt, und wie die „Zeit“ bemerkt, besteht kein Grund, diese für aussichtslos zu halten.

Von den Blättern wird nochmals die enge Ver- bindung der Regierungsbildung im Reich mit der in Preußen hervorgehoben. Besondere Be- deutung wird von den Blättern der Entschei- dung der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums beigemessen, ob die Partei auch ohne Regierungsbildung der Deutschen Volkspartei in der Regierungskoalition verbleiben werde; denn eine solche Regierung würde zwar ein positives Vertrauensvotum nicht erzielen können, jedoch würde sie im Landtag auch keine Mehr- heit für ein Misstrauensvotum haben.

Heute Entscheidung in Preußen.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Koo- litionsparlament stellte Ministerpräsident Braun die Frage zur Erörterung, ob eine Renouveau des Mi- nisterpräsidenten durch den neuen Landtag er- forderlich sei. Die Vertreter der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums erklärten nach den Bestimmungen der Verfassung eine solche Renouveau nicht für erforderlich. Von der Deutschen Volkspartei wurde der gegenteiligen Ansicht Ausdruck gegeben. Ministerpräsident Braun erklärte, daß er dem Kabinet über die Auffassung der Fraktionen hinsichtlich der Interpretation der Verfassung Bericht erstatten werde. Wie verlautet, wird das Ergebnis der gestrigen Par- teiführerbesprechung im preussischen Landtag mit dem derzeitigen Vorschlag des Ministerpräsidenten, Herrn Braun, heute Gegenstand einer Kabinettsbe- ratung sein. Nachdem auch das Zentrum erklärt hat, daß formal kein Anlaß zum Rücktritt vorliege, da ja die Majorität für die große Koalition gegeben sei, die Deutsche Volkspartei aber diese nicht will, wird heute der entscheidende Schritt getan werden müssen, der die Mehrheit in eine Minderheit verwandelt, da- durch nämlich, daß die Volkspartei nunmehr die Lösung herbeiführt, die nach Lage der Dinge allein ge- boten ist.

Die Finanzministerkonferenz.

Der Streit um die Ruhrbeute.

Am 7. Januar beginnt in Paris die Konferenz der alliierten Finanzminister. Das offizielle Verhandlungsprogramm sieht die nachstehenden drei Punkte vor: 1. Verteilung der Ruhrerträge, 2. Verteilung der ersten Leistungen aus dem Sachverständigenbericht, 3. Verrechnung der amerikanischen Forderung. Zu lebhaften Auseinandersetzungen dürfte namentlich der erste Punkt führen, da hier wieder einmal ein scharfer Gegensatz zwischen England und Frankreich besteht. Die eng- lischen Vertreter für die Finanzministerkonferenz sollen folgende Forderungen erhalten:

1. Die Ruhrerträge gehören sämtlichen Verbündeten, weil Frankreich erklärt hat, im Namen sämtlicher Gläubiger vorgegan- gen zu sein.

2. Großbritannien erhebt nach dem Ab- kommen von Spa Ansprüche auf 26 Pro- zent der Ruhrerträge und überläßt 52 Pro- zent des Gesamtertrages der französischen Regierung.

3. Die von den Vereinigten Staaten geforderten Beträge sind wesentlich herab- zusetzen und dürfen auf keinen Fall 1 Pro- zent der im Laufe eines Jahres gezahlten Reparationen übersteigen.

Freper müssen die Zahlungen an Amerika auf eine lange Reihe von Jahren verteilt werden.

Die gesamten Ruhrerträge betragen nach einer offiziellen französischen Mitteilung 1 855 900 000 Fr. Die direkten Ausgaben für militärische und wirtschaft- liche Befehung, Mienen usw. belaufen sich auf 183,4 Millionen Franken. (Militärische Unkosten 114 Mil- lionen, Unkosten für Befehung der Mienen 50 Mil- lionen Franken.) Es hat sich nun zwischen England und Frankreich ein Streit erhoben, wie die Ruhrer- träge zu berechnen sind. Nach dem „Echo de Paris“ bestreitet England der französischen Regierung das Recht, von der Bruttoertrags die Befehungskosten abzuziehen, soweit sie den Wert der deutschen Sach- lieferungen und Naturalieferungen übersteigen, aus denen, nach einem Abkommen vom März 1922, die mit dem Unterhalt der Befehungsarmee zusammenhän- genden Unkosten bestritten werden müssen. Sollte der englische Standpunkt anerkannt werden, so meint das „Echo de Paris“, so würden nahezu 200 Millionen Franken von den Belgiern erhoben, und Frankreich sei in die Notwendigkeit verfaßt, Schuldverpflichtun- gen gegenüber Belgien einzugehen.

Kleine Nachrichten.

Die deutsche Wirtschaftsdela- gation unter Führung des Ministerialdirektors von Stöckmann ist in Rom eingetroffen. Der italienische Innenminister hat zur Ver-meidung von Unruhen alle faszistischen Ver- sammlungen verboten.

Westfalen und Rheinland.

Neue Bestimmungen für Karnevalsveranstaltungen.

Widerung der bestehenden Verbote.

Kamen, 6. Jan. Der preussische Minister des Innern hat an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten Berlin einen Erlass gerichtet, aus dem der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mitteilt: Die Gründe, die zu den Erlassen vom 2. Dezember 1921 und vom 7. Januar 1922 führten, sind die insbesondere auch der einmütigen Anregung der Regierungspräsidenten der Rheinprovinz und weiter Kreise der rheinischen Bevölkerung Rechnung tragen, müssen auch heute noch in großem Umfang als vorliegend erachtet werden. Die Befreiung des wesentlichen Gebietes, die noch immer außerordentlich drückende allgemeine wirtschaftliche Lage und die bittere Not vieler Schichten des Volkes ergeben die schärfsten Bedenken gegen die Aufhebung des Karnevalsverbots. Den nunmehr vielfach ausgesprochenen Wünschen nach einer Milderung der Verbotsbestimmungen glaubt aber der Minister in einem gewissen Umfang entsprechen zu können. Er erachtet daher in dem erwähnten Erlass die Regierungspräsidenten, die am 2. Dez. 1921 erlassenen Polizeiverordnungen mit Wirkung vom 31. Dezember 1924 dahin abzuändern, daß öffentliche karnevalistische Veranstaltungen aller Art (insbesondere Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Langlaufparaden und öffentlicher karnevalistischer Vorträge) in geschlossenen Räumen zugelassen werden können. Weiter stellt der Minister anheim, für öffentliche Veranstaltungen in öffentlichen Lokalen das Verbot 1. des Tragens karnevalistischer Verkleidungen oder Abziehens jeder Art, 2. des Singens, Spielens und Vortrags karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, 3. des Werfens von Luftschlangen, Konfetti und dergl. aufzuheben. Verbote bleiben die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstigen karnevalistischen Veranstaltungen unter freiem Himmel, sowie insbesondere auf öffentlichen Straßen und Plätzen das vorstehend genannte karnevalistische Treiben. Die karnevalistischen Veranstaltungen von geschlossenen Vereinen sind in dem bisherigen Umfang gestattet. Deswegen bleibt es bei der bisherigen Regelung der Langlaufparaden. Die Oberpräsidenten und der Polizeipräsident Berlin werden unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 20. 6. 1923 für die Zeit des Karnevals ermächtigt, die Polizeistunde, soweit dies erforderlich erscheint, allgemein zu verlängern. Zum Schluß des Erlasses bittet der Minister die nachgeordneten Behörden, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Karnevalsveranstaltungen innerhalb in angemessenen Grenzen halten. Der Minister gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Bevölkerung sich des Sinnes der Zeit bewußt bleiben und es an der nötigen Zurückhaltung nicht fehlen läßt. Gegen Auswüchse und Uebergriffe, karnevalistische Veranstaltungen über den Rahmen dieses Erlasses hinaus, besonders auch unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit, auszuweichen, entgegengetreten werden.

Kamen, 6. Januar. (Verschiedenes.) In Preußen sind, wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer Bekanntmachung des Wohlfahrtsministeriums entnimmt, in der Zeit vom 6. Oktober bis zum 1. November v. J. nachstehende Erkrankungen (Eodesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Diphtherie 1975 (112), übertragbare Genidharre 25 (9), Kindbettfieber 352 (93), spinale Kinderlähmung 50 (5), Körnerkrankheit 142, Lungen- und Keuchhusten 3760 (1887), Malaria 3 (1), übertragbare Ruhr 266 (26), Scharlachfieber 2298 (38), Tollwut 3 (3), Unreifeleishypothese 1380 (122), Felsch-, Ftsch- und Wurfbefruchtung 206 (1), Wucherungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere 109.

Die Tarifverträge für die Arbeiter der Deutschen kommunalen Verwaltungen.

Die Deutschen kommunalen Verwaltungen — Städte, Landkreise, Landgemeinden, Provinzial- und sonstige Verwaltungen — sind in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber seit 1920 in kommunalen Bundes- und Provinzialarbeitsgeberverbänden bezirksweise zusammengefaßt und durch diese in Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände (Stz Berlin), vereinigt. Der Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände hat zentral mit den zuständigen Gewerkschaften besondere Reichsmanteltarifverträge (RMZ und RMZ-Strassenbahn) abgeschlossen, die die allgemeinen Arbeitsbedingungen für die Gemeindearbeiter, einschließlich des Straßenbahnpersonals, aller angeschlossenen kommunalen Verwaltungen des Reichs regeln. (Arbeitszeit, Dienstbereitschaft, Ueberstunden, Arbeitsverhältnis, Urlaub, Wochenlohn, Krankheitslohn usw.), sowie allgemeine Bestimmungen über Entlohnung und Lohnzusätze enthalten. Die Lohn- und Lohnzusätze werden nicht zentral, sondern bezirklich, d. h. durch die kommunalen Bundes- und Provinzialarbeitsgeberverbände selbständig vereinbart. Der Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände ist hierbei lediglich lohnpolitisch Richtung weisend. Die jetzt von der Reichsregierung gekündigten Mantel- und Lohnzusatzverträge für die Arbeiter der Reichsbetriebe und Verwaltungen gelten nicht für kommunale Arbeiter. Die Stadt Berlin gehört ebenfalls der Reichsorganisation der kommunalen Arbeitgeber Deutschlands an und hat mit den gekündigten Tarifverträgen der Reichsarbeiter nichts zu tun. Ueber Einzelheiten des kommunalen Tarifvertragsrechtes unterrichten die von der Reichsregierung herausgegebenen einschlägigen Druckfächer.

Die Veteranenbeihilfe für Auslandsempfänger.

Das Auswärtige Amt hat die diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland beauftragt, die im Ausland lebenden Veteranen, die auf Grund des Bundesgesetzes des Preussischen Ministers des Innern vom 14. August v. J. zum Bezüge der Kriegsteilnehmerbeihilfe berechtigt sind, von dem Wiederaufleben und der Erhöhung dieser Beihilfe auf geeignetem Wege in Kenntnis zu setzen. Es ist daher anzunehmen, daß die Anwärter sich melden werden. Wie der Preussische Innenminister in einer hierzu erneut ergangenen Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, ausführt, wird hinsichtlich der Forderung des Nachweises der Bedürftigkeit allgemein davon ausgegangen werden können, daß die bisherigen Beihilfensempfänger angesichts ihres hohen Alters seit dem Zeitpunkt der Feststellung ihrer Bedürftigkeit kaum in der Lage gewesen sein werden, ihre wirtschaftliche Lage derart zu verbessern, daß die Bedürftigkeit jetzt zu vernennen wäre. Es wird daher bei der Wiederaufnahme der Zahlungen größtes Wohlwollen zu betonen sein. Eine besondere Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfalle wird sich nur dann als nötig erweisen, wenn ausstehende Gründe die Annahme gerechtfertigt erscheinen lassen, daß der Veteran nach seinen Gesamtverhältnissen der Beihilfe offenbar nicht bedarf. Zur Vermeidung aller Erschwernisse für die Beteiligten soll die Feststellung der Reichsangehörigkeit und die Ausstellung der Lebensbescheinigung nach Möglichkeit vereinfacht werden. Daher wird es in der Regel genügen, wenn diese von zuständigen ausländischen Ortsbehörden erteilt oder durch Auskünfte der Vorstände angesehener deutscher Vereine oder vorläufiger deutscher Posten erteilt und diese Auskünfte von der deutschen Auslandsvertretung mit der Bemerkung legalisiert worden sind, daß der Empfänger im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit ist.

Zur Denkmalsfrage. Der Ausbruch für die Krieger-Ehrung tritt am heutigen Dienstag abend bei Biernann zusammen, um zu den neu eingegangenen Entwürfen und Modellen Stellung zu nehmen, die von Linnaer und Dortmund-Künstlern eingegangen sind.

Der M.-G.-B. Auguste Viktoria veranstaltet in diesem Jahre einen großen Gefangenen-Wettstreit, zu dem bereits eine große Anzahl namhafter Vereine aus näherer und weiterer Umgebung ihr Erscheinen in Aussicht gestellt. Wahrscheinlich wird es ein großer Wettstreit sein. Der Delegiertentag findet am 1. Februar statt.

Postkassenschließung. Es am hiesigen Postamt eine Anzahl, jedoch entspricht diese Zahl nicht dem Bedürfnis. Mander Geschäftsmann möchte gern ein solches Schließfach mieten, er muß aber auf Anfrage immer wieder die Erfahrung machen, daß alle Fächer besetzt sind. Vielleicht genügen nur diese Zeiten, um das Postamt zu veranlassen, weitere Schließfächer einzurichten.

(Ergreifungsbeförderung.) Die Industrie- und Handelskammer Dortmund weist darauf hin, daß nach einer Mitteilung der Reichseisenbahnverwaltung in Essen die Beförderung von Ergreifung und beschleunigtem Elguit in D- und Elgüngen wegen starken Andranges vorläufig nicht möglich ist. Bis auf weiteres findet die Beförderung vorstehend bezeichnete Güterfahrgänge nur in Personenzügen statt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Essen, Essen und Münster stellt mit Bedauern fest, daß viele Kreise des Handels dazu übergegangen sind, durch übertriebene Reklame und durch Zugaben aller Art Käufer an sich zu locken. Sie hält ein derartiges Vorgehen für vereinbar mit den Grundregeln und Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmanns und bekämpft mit aller Entschiedenheit diese bedenklichen Auswüchse. Die Arbeitsgemeinschaft bittet die Gewährung von Zugaben und spricht sich gleichfalls gegen die Wiedereinführung von Sonderabgaben aus. Der reelle Einzelhandel wird aufgefordert, sich diese Grundregeln zu eigen zu machen; von den Lieferanten des Einzelhandels, den Fabrikanten und Großhändlern, wird das Gleiche erwartet.

(Die Sesele bringt Uebergriffe.) Der ungewohnte Regenfall der letzten Tage, der seit dem Schloßfestabend fast nicht unterbrochen wurde, hat in Kamen eine kleine Uebergraffung gebracht. Die Sesele, welche reguliert wurde, um die alljährlichen Uebergriffe des Sesele-Gebietes zu verhindern, hat die Wassermenge wohl unterhalb des nicht regulierten Teiles nicht schnell genug abführen können und so stehen im Merfch weite Strecken unter Wasser, vor allem der Fußballplatz. Auch der Reitgraben an der Stadtfischen Sporthalle ist mit Wassermengen angefüllt. Es ist wohl zu hoffen, daß sich das Wasser bald wieder verläuft, doch wird auch dann noch ein einiger Zeit durch die Merfch zu wandern oder gar wieder das Fußballspiel auf dem Sportplatz nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Lebens zu rechnen sein.

(Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum 4. Januar wurde beim Bandwirt Himmelmann in Haus Belmebe ein dreifacher Diebstahl verübt. Es wurde ein zweijähriges schwarzbraunes Kind im Stalle abgeschlachtet und gestochen. Gedärme, Kopf und Eingeweide blieben liegen. Die Diebe hatten ein Stück aus der Mauer ausgebrochen und sich so Eingang in den Stall verschafft. Seit vorigem Herbst ist dieses das dritte Stück Kind, welches dem Bandwirt Himmelmann gestohlen worden ist. Außerdem in dieser Zeitspanne noch 6 Kälber. Es ist wohl anzunehmen, daß die Täter immer dieselben sind, doch fehlt bisher jede sichere Spur zu deren Entdeckung.

(Ueberlebender.) 5. Jan. Ein tödlicher Unfall ereignete sich hier am Sonnabend in den Vormittagsstunden auf der Weisstraße.

Die Witwe Ewald, wohnhaft auf der Prästentienstraße, war im Begriff, die Straße zu überqueren und ließ zunächst die Straßenbahn passieren. Hierbei überfuhr die alte Frau ein aus entgegengekehrter Richtung kommendes Automobil und konnte trotz sofortigen Bremsens dem Unfall nicht entgehen und geriet unter den Wagen. Die Verletzungen schwerer Art brachten bald den Tod der bekannten Einwohnerin, die durch ihre Vorträge überall bekannt und beliebt war.

Schwerer, 5. Jan. Schwere Betriebsunfälle ereigneten sich im Ausbesserungswerk im „Grüntal“. Infolge Explosion eines Ventils an einer Presse wurden von den ausströmenden heißen Dämpfen der Schmiedewerkstatt, die Schloffer Bünjeler und Krant, sowie der Werkhelfer Jarent besetzt schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten; die Schloffer Bühner und Schött kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Werkführer Patt erlitt dadurch eine schwere Verletzung beider Augen, daß eine aus einem Glühofen herausströmende Flamme sein Gesicht traf. P. mußte in eine Augenklinik nach Hagen gebracht werden.

Hagen, 5. Jan. Die Hagerer Kinobesitzer hatten gegen die Erhöhung der Kinobesitzer Beschlüsse beim Oberpräsidenten erhoben. Diese Beschlüsse hatte Erfolg. Die Aufsichtsbehörde hat der Steuerordnung ihre Genehmigung versagt. Zur Begründung der Entscheidung wird darauf hingewiesen, daß die Gemeinden ihre Steuerzuschläge nicht erhöhen, sondern möglichst abbauen sollten, da ihnen jetzt höhere Anteile aus der Einkommensteuer überwiegen würden.

Hagen, 3. Jan. (Zugzusammenstoß.) In der Nacht fuhr auf dem Rangierbahnhof Hagen der Personenzug 625 Hagen-Bebra einer vorziehenden Rangierabteilung in die Planke, weil der Rangierführer das stehende Signal nicht beachtet hatte. Mehrere Wagen entgleisten, wodurch ein erheblicher Materialschaden entstand. Personen sind nicht verletzt.

Hattungen, 5. Jan. (Mühlensbrand.) In dem Maschinen- und Mahraum der großen Hattungsmühle an der Ruhr entstand während des ordentlichen Sturms durch Heißlaufen eines Elevatorstoffs Feuer, das sich schnell ausbreitete. Zum Glück funktionierten die eigenen Schmittmittel der Mühle, und es gelang, in Verbindung mit drei weiteren Behältern, des Feuers Herr zu werden, so daß nach einer Stunde die Wehren, nach Zurücklassung einer Brandwache, abziehen konnten. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen, aber durch Versicherung gedeckt. Den gestörten Mühelbetrieb hofft man in einigen Tagen wieder aufnehmen zu können.

Markt, 5. Jan. (Raubüberfall.) Am Dienstag abend zwischen 7 und 8 Uhr wurde auf der neuen Kreisstraße Markt-Büls ein freier Raubüberfall ausgeführt. Die Filialleiterin B. war auf dem Radhausewege nach Büls. Während sie von einem jungen Mann vom Fahrrad geworfen. Darauf wurde ihr von dem Ueberfallenden zu verstehen gegeben, sie solle nicht schreien, da er es nur auf die Tasche abgesehen habe. Aus Furcht gab das Fräulein die Tasche, in der 64 Mark Bargeld waren, ab. Darauf verließ der freche Räuber. Von einem Hofe in der Nähe wurde die Polizei telefonisch benachrichtigt. Die sofort angeordneten Nachforschungen hatten infolgedessen Erfolg, als um 12 Uhr ein junger Mann unter dem Verdacht, den Ueberfall ausgeführt zu haben, festgenommen werden konnte.

Duisburg, 5. Jan. (Durch Gas erstickt.) Am Silvesterabend hatten sich die Eheleute Peter Ketter im Stadteil Duisburg-Laar um 1 Uhr nach einer Silvesterfeier zur Ruhe begeben. Wahrscheinlich hat einer der Eheleute im letzten Augenblick unbewusst, wahrscheinlich an den Gasbehälter gestoßen, so daß das Gas ungehindert in das Schlafzimmer strömen konnte. Am Neujahrsmorgen wurden Hausbewohner auf den starken Gasgeruch aufmerksam. Die herbeigeeilte Polizei fand die Eheleute bewußtlos. Sofort angeordnete Wiederbelebungsbemühungen waren bei dem Manne von Erfolg. Die Ehefrau konnte nicht ins Leben gerufen werden.

Duisburg, 5. Jan. (Durch Schreck die Sprache wieder erlangt.) Als ein Arbeiter aus Ruhrort, der infolge eines Schlaganfalles vor Jahren die Sprache verloren hatte, dieser Tage mit einem Entleerungsfazieren ging und dieses beinahe von einem Auto überfahren wurde, erhielt er durch den erlittenen Schrecken plötzlich die Sprache wieder.

Wesel, 5. Jan. (Vom Bruder erschossen.) Am zweiten Weihnachtstage spielten hier die beiden Söhne eines Landwirtes mit einer Schrekbildete. Der zehnjährige Sohn legte ein Scherz auf seinen älteren zwölfjährigen Bruder an und meinte: „Hiermit kann ich dich tötschießen.“ „Nein hiermit nicht, aber mit diesem!“ damit ergriff er eine in der Ecke stehende Jagdstinte und legte mit dieser auf den kleinen Bruder an. Ein Schuß brachte den blutüberströmten Jüngling zusammen. Der Schuß war ihm in den Leib gegangen. Kurz danach starb das Kind.

(W) Köln, 5. Jan. Der Raubmord in dem Krefeld-Köln Eisenbahnhof, dem am 23. Dezember 1924 der frühere Major Kröner zum Opfer fiel, ist jetzt aufgeklärt. Der Mörder ist der in Worringen geborene 24jährige Fuhrmann Anton Pefch, der auf der Landstraße bei Worringen von Beamten der Mordkommission verhaftet wurde. Er ist gefällig.

(W) Bentrath, 5. Jan. (Falschmünzer ermittelt.) Im Dorort Holzhausen wurde eine Falschmünzwerkstatt aufgedeckt, worin falsche Dreimarkstücke und Fünfzigpfennigstücke hergestellt wurden. Ein Posten Weismetal, Platten und Werkzeuge wurden beschlagnahmt. Die Falschmünzer, das Ehepaar Krosch und der 16- bzw. 21-jährige Delballe wurden verhaftet. Die Ausgabe der falschen Geldstücke erfolgte hauptsächlich auf den Weihnachtsmärkten.

Trer, 5. Jan. Ein schweres Schandfeuer vernichtete die mit modernsten Maschinen ausgestattete Schreinerei Kirsch & Müll. Der

Schaden ist bedeutend. Nur mit Mühe konnte die Feuerwehre das Uebergreifen des Feuers auf ein großes Vohlager verhindern.

Rußlands Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen.

Bis zum 1. Dezember lagen beim „Staatslichen Depot für landwirtschaftliche Maschinen“ (Gosstizmad) und beim Zentralgenossenschaftsverband (Zentrosjiz) aus dem Bande von Bauernorganisationen und Konverativen feste Bestellungen auf landwirtschaftliche Maschinen für 32 Millionen Goldrubel vor. Die Ukraine hat ihren Bedarf noch nicht angemeldet, es ist aber anzunehmen, daß ihre Zahl die vorliegende noch übersteigen wird. Der Bedarf der Bauernschaft für 1925 kann durch die inländische Erzeugung nicht gedeckt werden, da das Produktionsprogramm der obersten Wirtschaftsbehörde, des „Nares für Arbeit und Verteidigung“, als Maximalleistung für die gesamte russische Eisenindustrie landwirtschaftliche Maschinen für 33 Millionen Goldrubel ansetzt. Erhaltungsgemäß bleibt die Erzeugung meist hinter den Planzahlen zurück. Das Königsberger Wirtschaftsinstitut macht darauf aufmerksam, daß gewisse Preis-erhöhungen für landwirtschaftliche Maschinen zu erwarten sind. Einmal sind die im vorigen Jahre festgelegten Preisermäßigungen auf das Drängen der staatlichen Industrie und die Hinweise auf ihre Unproduktivität für die Bauernschaft aufgehoben worden. Gleichzeitig hat im November auf Russlands wichtigsten Getreidemarkt — in der Ukraine — eine fortschreitende Preissteigerung eingesetzt. Durchschnittlich stiegen die Getreidepreise im Vergleich zum Oktober für Roggen um 34,1 v. H., Weizen 23,7 v. H., Gerste 25,3 v. H., Hafer 25,2 v. H. Die Preise auf dem russischen Getreidemarkt sind ganz auffälligen Schwankungen unterworfen. Da sie aber die Basis des ganzen russischen Wirtschaftslebens bilden, sind zuverlässige Berechnungen und Voraussagen über alle wirtschaftlichen Fragen aber schwer zu machen. Die klimatischen Verhältnisse und Ernteausschläge spielen in dieser Unsicherheit eine geringere Rolle, als die Zentralkisierung des ganzen Getreidehandels in der kommunistischen Staatswirtschaft, die vom Staat mit politischen Mitteln erzielte Preisregulierung und das damit verbundene Bestreben, den mit Recht überbeulenden Zwischenhändlern auszuscheiden. Als Beispiel für dies Schwanken nehmen wir die letzten drei Monate: Weizen kostete am 1. August 1,65 Rubel das Pud; Ende September ging der Preis auf 1,30 Rubel zurück. Der Preis für Roggen fiel im gleichen Zeitraum von 1,02 auf 0,77 Rubel. Im Laufe vom Oktober und November stieg der Weizen bis auf 1,50 Rubel, Roggen auf 92 bis 96 Kopeken. Teilweise ist diese Steigerung auf das Einsetzen der Herbstregnen und der besonders im Schwarzgebirge verheerenden „Wegelosigkeit“ zurückzuführen, die das Angebot einschränkt. Besonders aber hat die staatliche Maßnahme, zur Regulierung der Getreidepreise auf dem inländischen Markt durch Zwangsaufkäufe einen Getreideerwerbsfonds zu schaffen, die Preise hinaufgedrückt. Die Marktpreise für die Zwangsaufkäufe waren, wie hiermit beauftragte Beamte selbst in den letzten Nummern der wirtschaftsamtlichen „Ekonomschjeschtsja“ schätzten, viel zu niedrig, so daß der Bauer das Getreide zurückhielt. Das Einkaufsprogramm für den Staatsfonds konnte nicht durchgeführt, es mußte von 400 auf 290 Millionen Rubel herabgesetzt werden. Ursprünglich hatte man beabsichtigt einen Teil des Reservefonds als Ausfuhrgetreide zu verwenden, sobald sich die Aussichten für die kommende Ernte übersehen ließen. Um mit den veränderten Umständen auszukommen, ist nun, wie wir hören, der Ausfuhrplan, für den 75 Millionen Rubel vorgesehen waren, ganz aufgegeben worden. Als man sich dazu entschloß, war noch nicht bekannt, daß wegen mangelnder Niedererträge im November und in der ersten Dezemberdekade der Stand der Winteranbau einstellend ungünstig beurteilt wird. Die Deckung des Bedarfs landwirtschaftlicher Maschinen wird von der Entwicklung der Lage am Getreidemarkt stark beeinflusst werden.

Das Vermögen der Hauptstaaten. Die National City Bank in New York gibt in ihrer Monatsübersicht für Dezember eine ausführliche Zusammenstellung des Reichtums der hauptsächlichsten Länder der Erde für die Jahre 1870, 1890, 1912 und 1922. Die angeführten Zahlen stammen, wie das Blatt bemerkt, von Männern, deren Ansehen in statistischen und wirtschaftlichen Kreisen hochsteht. Die Aufstellung kann daher, so darf man schließen, Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben. Aus der Reihe von 23 Staaten seien nur die folgenden herausgegriffen: Die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Vermögen von rund 30 Milliarden Dollar im Jahre 1870 auf 65 Milliarden im Jahre 1890, auf 188 Milliarden im Jahre 1912 und auf 321 Milliarden im Jahre 1922 gestiegen ist; Großbritannien, dessen Reichtum in den genannten vier Jahren sich von 40 Milliarden Dollar auf 53,3, 79,3 und 88,8 Milliarden hob, während der von Frankreich 33, 43,8, 57 und 67,7 Milliarden betrug, der von Italien 7,8, 9,7, 23 und 26 Milliarden, der der Schweiz von 1890 an 2,4, 3 und 4,56 Milliarden, der der Niederlande 4,76, 4,82 und 8,28 Milliarden, der von Kanada von 1870 an 2,87, 4,74, 10,88 und 22,69 Milliarden. Deutschland dagegen hatte 1870 ein Volkvermögen von 33 Milliarden Dollar, 1890 von 49,5 Milliarden, 1912 von 77,73 und 1922 von rund 85,7 Milliarden. Hier wird also zum erstenmal in einer ernsthaft zu nehmenden Statistik die ungefähre Wahrheit preisgegeben, daß der Reichtum Deutschlands durch den Krieg von 77 auf 85 Milliarden Dollar zusammengekrumpft ist. Ob die Mächtig der amerikanischen öffentlichen Meinung von dieser Tatsache Kenntnis nehmen und sich ein ganz klein wenig von ihr werden beeinflussen und leiten lassen, wird lehrreich zu beobachten sein.

be konnte
es Heuers

Land- minen.

„Staat-
Maschinen“
senschafts-
nde von
den feste
Maschinen
el vor.
nicht an-
daß ihre
wird.
1925 kann
gedeckt
rann der
es für Re-
alleistung
rie land-
nen Gold-
die Er-
zurück.
macht dar-
Preis-
che Ma-
sind die
ermäßig-
Industrie
bität für
Gleich-
nds wich-
traine —
eingesetzt
um 34,1
3 v. d.
russischen
Schwanz-
die Waffe
s bilden,
Boraus-
gen aber
Verhältnisse
tiefen Un-
die Be-
sels in der
vom Staat
Preisregu-
Bestreben,
ischenhan-
Schwanz-
er Wei-
das Fud;
1,30 Ru-
fiel im
7 Rubel.
aber stieg
angewand-
auf
Stelge-
und der
richtigten
Angebot
staatliche
eldpreise
ungsan-
schaffen,
preise für
it beauf-
amen der
sich schil-
das Ge-
amm für
führt, es
d herab-
beabsich-
Ausfuhr-
Ausfisch-
n liehen.
auszulom-
s fuß-
orgefchert
Als man
bekannt,
im Ro-
klade der
ungünstig
rs land-
der Ende
art bein-

Die französische Schuldfrage.

Wier die Pariser Presse berichtet, hat Finanzminister Clementel Vorschläge zur Tilgung der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten ausgearbeitet. Die Ministerpräsident Gerriot am 30. Dezember dem amerikanischen Botschafter übermittelte. Die Vorschläge lauten: 1. Frankreich wird für eine Periode von 10 Jahren ein Moratorium bewilligt, währenddessen die durch den Dawesplan vorgesehenen deutschen Zahlungen sich verschieben und die Lasten, die Frankreich für Pensionen und für den Wiederaufbau ausgeben hat, sich verringern. 2. Nach 1933 will Frankreich seine Schulden bei Amerika im Verlauf eines Zeitraumes von 20 Jahren, und zwar eingeteilt in vier Etappen von 20 Jahren, in sich von Etappe zu Etappe steigenden Zahlungen abtragen. Als Zinssatz schlägt die französische Regierung ein halbes Prozent vor.

In den politischen Kreisen der Vereinigten Staaten ist der französische Vorschlag über die Schuldentilgung sehr lebhaft erörtert. Die von Clementel gewünschte Regelung wird hier als durchaus unzureichend betrachtet, jedoch hofft man, daß der Vorschlag vielleicht eine Verhandlungsbasis bilden könne. In Senatstreifen wird immer dringender gefordert, daß Frankreich endlich ernsthaft an die Bezahlung seiner Schulden denken müsse.

Der neueste Schlachtschiffstyp in England.

Die „Daily News“ enthalten die ersten genaueren Angaben über die beiden neuen, für die englische Marine in Bau befindlichen Schlachtschiffe „Nelson“ und „Rodney“, die im Jahre 1925 vom Stapel laufen werden. Ihre Wasserverdrängung beträgt, wie im Verträge von Washington gefordert, 35.000 Tonnen, ihre Länge 702 Fuß und der Tiefgang 31 Fuß. Die schwere Artillerie der Schiffe besteht aus je 9 40-Zentimeter-Geschützen, die in drei Panzer- türmen im Vorderteil aufgestellt werden. Diese neuartige Anordnung gestattet kein Bedecken der Schiffe. Die mittlere Artillerie besteht aus je sechs 15-Zentimeter-Geschützen, die paarweise in leichten Panzertürmen aufgestellt sind. Die Geschwindigkeit der Schiffe beträgt nur 21 Seemeilen. Der Panzer hat eine Dicke von 14 Zoll, und die Schiffsweite wird annähernd 29 Kilometer betragen. Das Gewicht einer Granate eines 40-Zentimeter-Geschützes beträgt genau 1000 Kilogramm. In den Angaben prägt sich die Beschränkung des Washingtoner Abkommens deutlich aus.

Das heilige Blut der Engländer.

In dem kalifornischen Blatte „San Francisco Call“ lesen wir folgende bemerkenswerten Ausführungen zum englisch-ägyptischen Problem: „Wir wissen, daß Ägypten ein angeblich unabhängiger Staat ist, garantiert von England, das in dieser Angelegenheit nach menschlichem Recht überhaupt nicht verfügens- berechtigt ist. Wir wissen ferner, daß Ägypten ein englischer Offizier getötet haben, und daß England daraufhin unerbittlich 2500.000 Dollars, Einrichtung der Wälder, Entfernung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan und noch einiges andere gefordert hat. Sie verhandeln nicht mit Ägypten wie mit einem unabhängigen Kompartiment, sondern schritten am gleichen Tage zur Durchführung ihrer Forderungen. Was englisches Blut angeht, so glauben wir nicht, an seine besondere Heiligkeit, falls es gerade vergossen wird. Blutvergießen bedeutet wohl einst in wilden Zeiten etwas ganz Besonderes, aber jetzt wissen wir, daß Blut nur eine Mischung von weißen und roten Blutkörperchen ist, die in genialer Weise dafür sorgen, Sauerstoff aus der Luft zu schöpfen und dem Körper zuzuführen. Englisches Blut ist auch nichts anderes, eine sehr wertvolle Substanz, aber kein Wunderding. Ein Ergebnis des ägyptischen Zwischenfalls war ein abermaliger Schwächeanfall des Völkerbundes. Ägypten hat sich dreimal im Völkerbund beschwert, aber nichts geschah. Ägypten hatte mit seinem Appell ebenso viele Chancen wie ein Kalb, das in einem Chicagoer Schlachthaus brüllt, damit es die Vegetarier in Indien hören. Wenn das Kalb glücklich tot ist, wird man es vielleicht schreien hören.“

Der preussische Lehrerverein gegen den kirchlichen Einfluß.

In Anwesenheit von etwa 400 Vertretern hielt der preussische Lehrerverein eine Tagung in Kassel ab. Hauptgegenstand der Beratung bildete die Frage der Staatschule. Es wurde eine Reihe von Leitsätzen angenommen, in denen es u. a. heißt: Die Lehrer müssen Staatsbeamte sein. Die persönlichen und sachlichen Schulunterhaltungs- kosten müssen aus Staatsmitteln bestritten werden. Eine besondere Schulfürsorge ist zu betreiben. Die Gemeinden sind im Rahmen dieser Voraussetzungen an der Schulverwaltung zu beteiligen. Eine Mitaufsicht der Kirche oder ein bestimmender Einfluß von ihrer Seite auf den inneren Schulbetrieb oder auf die Lehrerbildung ist abzulehnen. In der Konfessionsfrage wurde mit Rücksicht darauf, daß der bayerische Staat unter Verletzung der Reichsverfassung seine Schulhoheit in wichtigen Punkten aufgeben und damit die Schule an die Kirche auszuliefern gewillt sei, die dringende Forderung an die preussische Regierung und den Landtag gerichtet, diesen Bestrebungen mit aller Kraft entgegenzutreten und auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie sich auf ihre Pflicht besinne und die in der Verfassung gewährleisteten Rechte der Schule und des Lehrerstandes schütze.

Schwere Stürme

toben seit einer Reihe von Tagen nicht nur in England, sondern haben auch Nord- und Westdeutschland sowie Holland heimgesucht und überall großen Schaden angerichtet. Dabei herrschte eine Temperatur, die teilweise 10 Grad Wärme erreichte und vielfach starke Gewitter zur Folge hatte. Unausgesetzt niederfallende Regengüssen brachten ein starkes Steigen der Flüsse, namentlich der Ruhr, Sieg und Wupper, deren Wasser in die anliegenden Ortschaften drang und unübersehbare Flächen überschwemmte.

Auch von der Nordsee und der Rüste kom-
men Nachrichten über Unglücksfälle und Ver-

stürungen. Eine ganze Anzahl namentlich kleinerer Schiffe, darunter auch verschiedene deutsche, ist den Elementen zum Opfer gefallen; doch sind glücklicherweise die Besatzungen vielfach gerettet worden, dank des opferwilligen Eingreifens der Rettungsstationen, die in fast allen Küstenplätzen Schiffsbrüchige landeten. Trotzdem ist die Befürchtung berechtigt, daß mancher brave Seemann seinen Tod in den Wellen gefunden hat. Die an den verschiedensten Stellen der deutschen Nordsee- küste gestrandeten Fahrzeuge sind durchweg als verloren zu betrachten, da gewaltige Sturmfluten sie hoch an den Strand geworfen haben. Diese Fluten, von Nordweststürmen gegen die Küste und Föhnwindungen getrieben, haben vielfach Verwüstungen angerichtet, namentlich an den Inseln. Wenn auch noch genaue Einzelheiten nicht vorliegen, so lassen doch die einlaufenden Meldungen schon erkennen, daß die Aufwendung vieler Arbeit und Mittel erforderlich sein wird, um die entstandenen Schäden an den Stränden und Küstenbefestigungen einigermaßen wieder zu beseitigen.

Nach Mitteilung der Deutschen Seewarte ist eine wesentliche Veränderung des Wetters noch nicht zu erwarten, da ein neues Tief über dem Ozean heranzieht, das bereits die irische Küste erreicht hat.

In ganz England stehen weite Strecken unter Wasser. Zahlreiche Familien sind in ihren Häusern durch die Fluten abgeschnitten. Tausende Personen sind ums Leben gekommen. An manchen Stellen mußte der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr eingestellt werden. In Süd-Wales sind tausende von Bergarbeitern erwerbslos geworden. Der Telephondienst ist ernstlich behindert. Auch Bräutlingen, insbesondere seine Hauptstadt Rio de Janeiro wurde von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht. Ein großer Teil der Stadt wurde überschwemmt, so daß zahlreiche Gebäude eingestürzt sind. Vereinzelt sind elf Tote zu beklagen. Die Schäden werden auf mehrere Millionen „Contos“ (1000 Millionen) veranschlagt.

Weitere Nachrichten.

— Das tödliche Schluden, eine neue Grippe-
erscheinung. Dresden und seine weitere Um-
gebung werden von einer heftigen Grippe-
epidemie heimgesucht, doch tritt die Krankheit
diesmal wesentlich anders auf als früher. Die
hauptsächlichen Erscheinungsformen sind ta-
tarhastischer Natur und heftiges unstill-
bares Schluden. In der sächsischen Lau-
itz nimmt die Epidemie jedoch teilweise ge-
fährliche Formen an, so daß schon eine
Reihe von Todesfällen zu beklagen sind.

— Die Schludkrankheit und Schlafkrank-
heit. In Kopenhagen ist eine Art Schlud-
krankheits-Epidemie ausgebrochen. Es sind bis
jetzt gegen 50 Fälle dieser merkwürdigen Krank-
heit festgestellt worden. Die Erkrankten müssen
Tag und Nacht unaussprechlich schlafen. Ferner
ist auch ein Fall von Schlafkrankheit festge-
stellt worden.

— Die lebende Otter im Magen. Im
Univeritätsklinikum in Bern ist vor einigen
Tagen die Tochter eines reichen Schweizerischen
Gutsbesizers, die 21 Jahre alte Maria Mosser,
gestorben. Da die Ursache der Todesursache nicht
feststellen konnten, so nahm der Direktor des
Krankenhauses, Professor Braun, eine Leichen-
öffnung vor, bei der man im Magen der Un-
glücklichen eine lebende Otter entdeckte. Die
Otter fand. Wahrscheinlich hat das junge Mäd-
chen die Otter, als sie noch klein war, beim Trin-
ken aus einer Wildquelle verschluckt. Die Otter
hat sich dann weiter entwickelt, hat schließlich
die Magenwände durchgebeissen und den Tod des
jungen Mädchens herbeigeführt.

— Ein Mörder, der sich selbst tötet. In
Frankenberg bei Chemnitz stellte sich der 22-
jährige Schlosser Jarisch aus Chemnitz der
Polizei, der angab, am 13. Dezember in Ham-
burg ein 1899 geborenes Kontrollmädchen er-
schossen zu haben. Da seine Angaben mit den
Ausforschungen im sächsischen Jagndienstblatt
übereinstimmten, wurde er dem Amtsgericht zu-
geführt. Der junge Mann gab an, nur einen
Tag in Hamburg gewesen zu sein. Manlos
sei er nach dem Mord teils mit der Waffe,
teils zu Fuß wieder nach Sachsen gekommen, bis
er schließlich nach Frankenberg kam, wo ihm das
Geld ausging.

— Wieder ein Schenkel. Auf dem Kirch-
platz in Lübeck griff ein Mann aus einer
Schar spielender Kinder ein 10-jähriges
Mädchen heraus und führte es unter dem
Vorwande, daß er Kriminalbeamter sei und
das Kind zur Polizei bringen müsse, in ein
Gebäude einer nahegelegenen Druckerei. Dort
verging er sich an dem Kinde, tötete
es und verbrannte die Leiche. Der
Täter wurde in dem 35-jährigen Heizer Frie-
demann der erwähnten Druckerei ermittelt. Er
ist gefänglich.

— Eine rabiate Tänzerin. Die Tänzerin
Anitta Verber wurde am Sonnabend abend
auf Veranlassung einer Autoverleihsfirma, als
sie das Kabarett „Die Rampo“ am Kurfürsten-
damm verließ, verhaftet. Die Firma hat eine
ausgezeichnete Forderung gegen Anitta Verber
und hatte die Tänzerin zum Offen-
barungseid vorladen lassen. Da sie
jedoch zum festgesetzten Termin nicht erschienen
war, hat die Firma Haftbefehl gegen sie bean-
tragt. Anitta Verber setzte ihrer Ver-
haftung so heftigen Widerstand ent-
gegen, daß die Hilfe von Schuppolizeibe-
amten in Anspruch genommen werden
musste.

— Heftige Schneestürme im Kaukasus. Im
Kaukasus wüten heftige Schneestürme. Eine
Springflut von ungeheurer Stärke sucht die
Küste des Schwarzen und Rasischen Meeres
heim. Die Temperatur beträgt durchschnittlich
20 Grad Reaumur unter Null. In Baku
liegt etwa 30 Zentimeter Schnee. Die Eisen-
bahnverbindungen sind zum Teil unterbrochen.
In den Petroleumgebieten von Baku mußten
die Arbeiter eingestellt werden. Bisher sind
elf Personen der Küste zum Opfer gefallen.

— Schwere Stürme auf dem Schwarzen
Meere. 20 Professoren aus Moskau sind mit
ihren Familien im Sturme auf dem Schwarzen
Meere umgekommen. Sie befanden sich auf
der Reise nach Odessa, wo sie eine Anstellung
zu finden hofften. — Auch die türkische
Schwarze-Meer-Küste ist von einem schweren
Sturm heimgesucht worden, der ununterbrochen
36 Stunden gehaust hat. Eine große Zahl
Barken ist untergegangen; viele wurden an
Land getrieben, mehrere Hafenslände über-
schwemmt.

— Schlimmer Jahresbeginn in Hamburg. Das
neue Jahr hat in Hamburg recht blutig angefangen,
mehrere Morde und Selbstmordversuche sind hier zu
verzeichnen. Am Silvesterabend erfolgte ein schwerer
Raubüberfall in einem Zigarrenladen der Fruchtallee,
wo ein angeblicher Käufer den Geschäftsinhaber mit
einer Eisenklinge niederstach und dessen Vater drei
schwere Schläge mit demselben Instrument über den
Kopf brachte. Mit schweren Verletzungen wurden Vater
und Sohn ins Krankenhaus gebracht, während der
Täter entkommen ist. — In der Schmalstraße am
Hafen wurde der in einem Keller wohnende chinesische
Seemann Mong-Chou in der Silvesternacht ermordet
aufgefunden. Dieser Keller ist eine der Polizei bereits
bekannte Spielhöhle. Der Ermordete weist zahlreiche
Schuß- und Dolchwunden auf. Da nichts gerauscht ist,
scheint es sich um einen Raubmord zu handeln. Acht
Chinesen wurden festgenommen. Die Untersuchung
ist sehr schwierig, da die Verhafteten nur chine-
sisch sprechen. — In Neuenhagen brannte Freitag das
strohgedeckte Haus des Gemüsehändlers Böck vollstän-
dig nieder. Die Eheleute Böck selbst sind durch den
Rausch im Schlaf erstickt. Man vermutet Raubmord,
doch ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. —
Der 48-jährige Heizer August S. erschoss sich in seiner
Wohnung in der Silvesternacht. Das Motiv ist un-
bekannt. Eine 21-jährige Kontoristin jagte sich vor
einem Hause am Kloster vor eine Kugel in die Brust.
Die Lebensmüde wurde in schwerverletztem Zustande
ins Krankenhaus gebracht. Ein Schlossergeselle Wilh.
Schr. versuchte seinem Leben durch Gasvergiftung ein
Ende zu machen. Er wurde in schwerbedenklichem Zu-
stande ins Krankenhaus eingeliefert.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 6. Jan. Der Krieger- und Land-
wehverein Kamen hielt am Sonntag im So-
ziale Bergheim eine gutbesuchte Generalversammlung
ab, die vom Vorsitzenden Kameraden G. Ebbing-
haus eröffnet und geleitet wurde. In seiner Be-
grüßungsansprache sprach er die Hoffnung aus, daß
das neue Jahr die Wünsche an den Verein und an
unser Volk der Erfüllung näher bringen möge. Ein
Kühnheitsakt da. Während im Vorjahre der Franzose
nach Dortmund und Hörde und andere Landstrichen
besetzt hielt, sind diese Städte im neuen Jahre doch
von der Fremdherrschaft befreit. Wir wollen hoffen,
daß es weiter vorwärts geht und dem Vaterlande
weiterhin die Treue halten, erst recht aber in bösen
Tagen. Nach Verlesung der Neujareshandlung
des Kriegervereins und Genehmigung der Proto-
kollie über die letzte Generalversammlung gab der Vor-
sitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug
am 1. Januar 1924 461, durch Tod, Verzug und Ab-
meldung schieden 27 aus, neu beigetreten sind 13 Ka-
meraden, so daß die Zahl der Mitglieder am 1. Jan.
1925 447 betrug. Eine große Anzahl von Kameraden
konnten aus Anlaß der 25-jährigen und 50-jährigen
Mitgliedschaft zum Verein ausgezeichnet werden. Für
50-jährige treue Kameradschaft im Verein wurden
geehrt die Kameraden Karl Gäger, August Boh-
rsträter und Albert Schäfer. Diese wurden
gleichzeitig zu Ehrenmitgliedern ernannt. Die Aus-
zeichnung für 25-jährige treue Mitgliedschaft erhielten
die Kameraden Heinrich Wienold, Hugo Grae-
mer, Karl Gebel, Heinrich Brinkmann, Franz
Brinkmann, Gottfried Freese, Ferdin-
and Fiedler, Franz Rajuble, Apollinaris
Knoop, Heinrich Keutbahn, Friedrich Lei-
haus, August Lübbert, Johann Kowal, Ger-
mann Radtke, Friedrich Saligmann, Karl
Boß, Karl Walter und Franz Weller. —
Nach dem Bericht des Schatzmeisters, Kameraden
Weber, schließt die Kasse in Einnahme und Aus-
gabe für 1924 mit 2451,66 M. ab, der Kassenbestand
beträgt 330,07 M. Die Kassenprüfer Kameraden
Härtel und Silberling beantragten, da sich
Einwendungen nicht ergaben, mit Dank für die gute
Kassenführung die Entlastung des Kassierers. In
Kassenprüfern für 1925 wurden die Kameraden
Bubbe und Fritz Döhler gewählt. — Der Be-
trag des Vorjahres wird auch für das laufende Jahr
beibehalten dafür wird aber eine besondere Sterbe-
hilfe vom Verein gezahlt in Höhe von 50 M. Wenn
die Verhältnisse es gestatten, wird das Sterbegeld
weiter erhöht. — Als Delegierte für die Tagungen
des Kreisriegerverbundes waren die Kame-
raden Wilhelm Kemmer und Peter Becker ge-
wählt. Die Frühjahrstagung des Verbandes findet
in Wiesbaden statt. — Einen eingehenden Bericht
über den Angeordnetentag am 5. Oktober in Wasser-
turl, mit dem gleichzeitig die Weize des Ehrenmals
für die gefallenen Soldaten der Gemeinde stattfand,
erstattete Kamerad Schubert. — In allgergebrach-
ter Weise soll am 8. Februar im Schützenhof ein Win-
terfest gefeiert werden. — Die Aufführung des vater-
ländischen Festspiels „Lanzknecht“ soll vorläufig zu-
rückgestellt werden. — Die satzungsgemäß ausstehen-
den Kameraden Karl Holmann, 2. Vorsitzender,
Hugo Graemer, 1. Schriftführer, und Wilhelm
Sommer als Beisitzer wurden einstimmig wieder-
gewählt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in die-
sem Jahre wieder ein Kreisriegerverbandstag in
Kamen gefeiert werden. Sollte dieses jedoch nicht
stattfinden, wird ein Kriegerfest der militärischen Ver-
eine der Stadt angestrebt. Der Vorstand wurde be-
auftragt, alle diesbezüglichen Schritte zu unterneh-
men. Unter Berücksichtigung wurde noch eine bessere
Verteilung an Beerdigungen angeregt. Ein Antrag,
kompagnieweise an der Beerdigung teilzunehmen und
diese außer durch die Zeitungen durch Boten zu be-
stellen, fand nicht die Zustimmung der Versammlung.
Es bleibt daher beim alten Verfahren, jedoch wurde
dringend gewünscht, daß immer mehr Kameraden an
den Beerdigungen teilnehmen. Die Offiziere, auch
hier ist nichts an dem alten Verfahren geändert wor-
den, treten der Beerdigungen etc. zum Vorstand. —
Weiter wurde der Bezug der Kriegerzeitung empfoh-
len. Zum Schluß wies Kamerad Gustav Rumpf
auf den Stand der Kriegerwaisenhäuser hin. Eine
Sammlung hierfür ergab eine schöne Summe. Der
Vorstand der Kriegerkassenanstalt hat die Kameraden
G. Rumpf zum Bundeskassier, Hugo Grae-

Konzert, Theater etc.

Kamen, 6. Jan. (Etern-Abend.) Die
evangelische Gemeinde Kamen hielt namens
des Kindergottesdienstes und des Elternbundes
am Sonntag, den 4. Januar, im großen Saale
des Gemeindehauses Klosterstraße einen Eltern-
Abend ab. Herr Pastor Gerlach aus Meth-
ler sprach zunächst über das Thema: „Unsere
Erziehungsaufgabe an den Kindern“. Er führte
aus, daß das deutsche Volk in der jetzigen
schweren Zeit nicht nur die feindliche Nachkriegs-
zeit zu spüren bekommt, sondern auch innerliche
Nöte durchlebt. Die Schuld daran trägt eine
materialistische Weltanschauung, die sich schon
seit Ende des 19. Jahrhunderts auszubreiten
begannt. Wir müßten uns den Kräften des
Evangeliums und des Christentums wieder zu-
wenden, die sich durch Jahrhunderte allein als
schaffend und lebensverleihend erwiesen hätten.
Da muß unsere Arbeit aber besonders bei
den Kindern beginnen. Vom Standpunkt des
Christentums aus müßten wir um unsere
Kinder werben und in dem Sinne für sie
arbeiten, damit sie der Zukunft voller Hoff-
nung und Kraft entgegengehen könnten. Dabei
soll uns kein Egoismus leiten, denn wir wollen
die Kinder nicht dem Christentum gewinnen,
um sie zu beherrschen, sondern die Liebe soll
uns leiten, die nicht das ihre sucht. Im die
Seele des Kindes werden Staat und Gemein-
de, Kirche und Schule. Das Beste aber, was ein
Kind im Leben hat, holt es aus dem Eltern-
haus. Der Christ weiß, daß die ihm ge-
schenkten Kinder ein ihm von Gott anver-
trautes Gut sind, darum muß er es ihm er-
halten, für Gott erziehen. Darum ist alle
Erziehung nicht Selbstzweck, sondern ein Auf-
trag Gottes an die Menschen. Die Erziehungs-
kunst ist die schwierigste. Mangelnder Fehler würde ver-
mieden, wenn sich alle Eltern der rechten Auf-
gabe wohl bewußt wären. In das Leben mancher
armen Kindes würde dann auch mehr Sonnen-
licht fallen. Nichts ist bitterer als eine liebe-
leere Jugend. Der Staat steht heute religiös
neutral, d. h. er richtet von sich aus keine
christlichen Schulen ein, wenn die Eltern sie
nicht fordern. Wir fordern auch in Zukunft für
unsere Kinder eine Schule, die bewußt ewan-
gelischen Charakter trägt. Hand in Hand mit ihr
muß gehen das bewußt evangelische Haus. Die
Eltern müssen mit ihren Kindern zusammen
in derselben Religion leben, denn damit, daß
wir die Kinder in einer Religion erziehen las-
sen, die wir selbst nicht üben, ist es nicht getan.
Wir wollen den Kindern das größte geben, was
wir selbst unser Leben lang vor Augen und im
Herzen tragen wollen, das Bild Gottes, wie
es sich in Jesus von Nazareth offenbart hat.
In diesem Sinne erfüllen wir den Auftrag
Gottes der Kindererziehung in rechter Weise.
Im weiteren Verlauf des Elternabends trug
Frau Lotte Jacoby Solologänge vor, die
großen Beifall fanden. Auch die Darbetei-
gen des Posaunenchores sowie die Gedächtnis-
trüge der Kinder wurden gern gehört. Herr
Pastor Gerlach erwähnte die Eltern noch,
daß den Kindergottesdienst regelmäßig besuchen
zu lassen. Er erläuterte auch kurz den Gedan-
ken des Märchenabends, „Die Schneeförmigen“,
welches von den Kindern des Kindergottesdienstes
mit großer Hingebung aufgeführt wurde. Es
zeigt ein Beispiel von treuer Gefährtenliebe.
Das Märchenstück, das vornehmlich von den
Kindern mit großem Interesse verfolgt wurde,
führt uns von einer christlichen Stube ins Reich
der Mädel und der Schneeförmigen, zeigt wie
die kleine Fela ihren Bruder Heinz, der dorthin
versetzt worden ist, sucht und wie es ihrer
treuen Gefährtenliebe gelingt, den Joubert der
Schneeförmigen zu brechen und Heinz zurückzu-
führen. Der Abend war sehr gut besucht und
manches Elternpaar wird reiche Anregungen er-
halten haben.

Kamen, 6. Januar. Ein großes Kon-
zert gibt am Sonntag den 11. Januar im
Bürgeraal (B. Kaff) der unter der Leitung
des Lehrers Schimmel stehende M. G. S.
Einigkeit. Zur Mitwirkung hat der Verein die
Mozartkapelle Hedwig Wiemer-Kähler ver-
pflichtet. Ueber die Sängerin liegen uns Kritik-
ten vor, die uns zeigen, daß die „Einigkeit“
einen guten Griff getan und daß den Besuchern
des Konzerts ein echter Kunstgenuss bevorsteht.
So schreibt die „Trennung“: „Dieses Konzert,
das unsere einheimische Musik, Frauenliebe
Kähler, am Montag im Casinoaal veran-
staltete, erfreute sich eines insbesonderen für die
heutigen Verhältnisse ungewöhnlich starken
Besuches, der von der großen Beliebtheit der
Kunstlerin beim hiesigen Publikum ein bezeich-
nendes Zeugnis ablegte. Die prächtig gefüllte, farben-
satte Stimme, mit der die Sängerin nament-
lich im gartest hingebachten „Kaisertum“ an
Klangschönheit wahre Wunder zu wirken vermag,
die klare Artikulation, wie auch die herrlich-
sende musikalische Empfindung, all das sind
Vorzüge, die sich selten in so hohem Grade, wie
hier der Fall, in einer Individualität zusam-
menfinden.“ Ueber eine Aufführung des „Elias“
berichtet der „Gen.-Anz.“: „Der Tonbichter hat
den Mittel starklich behandelt. Wie ihn Hed-
wig Kähler gab, war ausgezeichnet. An Stim-
kultur überragte sie die anderen Solisten. Ihr
„Sei stille dem Herrn“ war das beste Sololied
des Abends.“

Kamen, 6. Jan. Der Musik-Verein
begeht seine Silber-Jubiläum am 24. und
25. Januar durch die Wiedergabe des „Elias“
unter Mitwirkung namhafter Solisten (Solo-
quartett Düsseldorf) und der Reichswehrkapelle
Münster am 24. Januar. Sonntag, den 25.
Januar führen die Düsseldorf-Künstler
Mozart's „Bastien und Bastienne“ und das
Singspiel „Die Magd als Herrin“ auf. Die
Vorbereitungen sind in vollem Gange, um das
Fest zu einem würdigen und die Veranstaltung
zu einem musikalischen Ereignis für Kamen
zu gestalten. In der Bürgerkassette liegt es
nun, den Musik-Verein in seinem ehelben Be-
streben, allen gute Musik zu vermitteln, zu
unterstützen.

